



Erfurt/Weimar, 29. Juni 2018

Liebe Freundinnen und Freunde!

Sicher treibt viele von Euch die Situation der Menschen, die über das Mittelmeer versuchen, rettende Ufer in Europa zu erreichen, ebenso um wie mich. Kaum auszuhalten waren und sind die Bilder, die uns tagtäglich erreichen. Allein in den letzten Wochen sind mehrere hundert Menschen im Mittelmeer ertrunken. In Libyen werden Geflüchtete in Lagern eingepfercht und gefoltert, Algerien hat laut Uno-Angaben mindestens 13.000 Geflüchtete in der Sahara zum Verdursten ausgesetzt und parallel werden diejenigen, die Menschen retten, diskreditiert, ihre Schiffe beschlagnahmt und sie selbst zur Verschiebemasse einer menschenunwürdigen Abschottungspolitik. Besonders deutlich wurde dies an den Beispielen von Jugend rettet, der Aquarius und der Crew der LIFELINE, die nun zwar in einem Hafen von Malta anlegen durften, deren Schicksal aber noch völlig unklar ist. Gestern Abend wurde bekannt, dass der Kapitän der LIFELINE in Malta angeklagt werden soll, weil er Menschen gerettet hat.

Ich bin froh und dankbar, dass auch Grüne wie Erik Marquard oder Luise Amtsberg vor Ort waren und eindringlich für eine andere, menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik werben. Ihr wisst vermutlich, dass ich auch schon länger Mitglied von Sea-Eye und Fördermitglied bei Sea-Watch bin. Wir brauchen endlich sichere und legale Fluchtwege statt Seehoyerpläne, die ausschließlich auf Abschottung und neue Grenzen setzen. Wir brauchen Haltung und Kraft, um uns der mörderischen Logik von Lagern der Hoffnungslosigkeit zu widersetzen, wie sie auch die CDU in Thüringen anstrebt. Und ich bin wirklich einmal mehr froh, dass gerade in der Flüchtlingspolitik rot-rot-grün den Unterschied macht. Gerade deshalb will ich einmal mehr Mut machen, gerade den zivilgesellschaftlichen Initiativen den Rücken zu stärken, die tagtäglich Leben retten. Ihnen gilt mein höchster Respekt. Denn Fakt ist: Kein Mensch flieht freiwillig. Das sollten wir niemals vergessen. Danke auch an die Sea-Eye, die gestern mit dem Smart-Hero-Award in Berlin geehrt wurde und sofort erklärt hat, den Gewinn mit der Crew der LIFELINE zu teilen. So geht Solidarität.

Ich hoffe sehr, dass der Sommer in dieser Hinsicht bessere Nachrichten bringt, auch wenn niemand wirklich einschätzen kann, wie es in Berlin politisch weitergeht.

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause will ich Dich und Euch erneut über meine Arbeit im Landtag und dem Erfurter Stadtrat informieren.

Neues Ministergesetz beschlossen.

Mit der Änderung des Ministergesetzes hat der Landtag ein weiteres Vorhaben aus dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag umgesetzt und Maßnahmen zur Bekämpfung von Lobbyismus und Herstellung von Transparenz auf den Weg gebracht. Ausscheidenden Mitgliedern der



Landesregierung kann fortan bis zu 24 Monate nach Amtsende die Beschäftigung in Bereichen untersagt werden, in denen diese als Minister*innen beschäftigt waren. Ob diese neue Tätigkeit im Interessenkonflikt mit dem ehemaligen Minister*innenamt steht oder nicht, soll ein unabhängiges Gremium bewerten. Die Landesregierung entscheidet abschließend. Das Abschöpfen von Insider-Wissen und -Kontakten wird so erschwert. Rot-Rot-Grün erfüllt damit auf Landesebene, was wir Grüne auf Bundesebene seit langem fordern. Gemeinsam mit NGOs wie Lobbycontrol und

Transparency International machen wir uns für eine Sperrfrist von drei Jahren für ausscheidende Regierungsmitglieder stark.

Zum Gesetz habe ich mich mit einer Rede im Landtag und in einer Pressemitteilung zu Wort gemeldet.

Thüringenplan. Für eine gute Zukunft unserer Schulen

Ende Mai hat die Landesregierung den "Thüringenplan. Für eine gute Zukunft unserer Schulen" beschlossen. Darin werden die anstehenden Herausforderungen im Schulbereich diskutiert und gleichzeitig Maßnahmen und Vorhaben beschrieben. Innovative und zukunftsfähige Wege werden aufgezeigt, wie den pädagogischen und organisatorischen Herausforderungen begegnet werden kann. Das klare Signal ist: Die angespannte

Der Thüringenplan.
Für eine gute Zukunft unserer Schulen.

Personalsituation wird durch Rot-Rot-Grün weiter beherzt angegangen. Schulkooperationen können ein gelingendes Miteinander unterstützen. Verbesserungen für Lehrer*innen sowie neue Ideen und Modelle zur Unterrichtsabsicherung sind ebenso enthalten. Jetzt gilt es, sich auf die Umsetzung zu konzentrieren. Hier geht es zum Thüringen-Plan.

Neues Schulgesetz ist auf dem Weg

Aktuell berät die Landesregierung den Entwurf des neuen Schulgesetzes - eines, das bildungspolitisch zeitgemäß ist. Mit den vorgeschlagenen Regelungen wird endlich ein inklusives Schulgesetz geschaffen - wir Grüne haben lange die Integration des Förderschulgesetzes in das allgemeine Schulgesetz angemahnt – und auch Förderschulen werden Entwicklungsperspektiven aufgezeigt. Die Ganztagschule soll in Thüringen ausgebaut werden, das gibt mehr Zeit für individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Der Gesetzentwurf sieht zudem eine Stärkung der Gemeinschaftsschule vor, u.a. werden Kooperationsmöglichkeiten ausgebaut und reformpädagogische Ansätze unterstützt. Kinder anderer Herkunft sollen durch die Schulpflicht bis zum 18.

Lebensjahr die Möglichkeit bekommen, zum bestmöglichen Schulabschluss zu gelangen. Eingeführt werden soll auch die Kooperation von Schulen zur besseren Unterrichtsabsicherung und flächendeckenden Qualität. Uns ist es wichtig, die kleinen Schulstandorte zu sichern –



unverantwortlich hier ganz sicher die angstmachende Plakatkampagne der Jungen Union, die suggeriert, Schulen würden nun geschlossen. Gerade wir haben immer zu bedenken gegeben, dass es genau darum niemals gehen kann und darf. Das gelingt jedoch nur, wenn sich die Schulen und deren Kollegien zusammentun. Es gilt weiterhin: kurze Beine - kurze Wege. Als grüne Landtagsfraktion sehen wir dem Gesetzentwurf jedenfalls durchaus positiv entgegen, im parlamentarischen Verfahren gilt es sicher noch das ein oder andere aufzugreifen und wir halten Euch gern auf dem Laufenden.



Meinen Beitrag aus der letzten Plenarsitzung zur Diskussion um die Zukunft kleiner Schulen, konkret jene in Ponitz (Altenburger Land) [könnt ihr hier nachschauen](#).

Solidarität statt Heimat

Was ist eigentlich los in diesem Land? Aus aktuellem Anlass melden sich u.a. Medico International, kritnet.org und das Institut Solidarische Moderne e.V. (ISM) mit einem Aufruf gegen Rassismus in der öffentlichen Debatte zu Wort. „Nennen wir das Problem beim Namen. Es heißt nicht Migration. Es heißt Rassismus.“ Diesen Aufruf, findet Ihr u.a. auf [meiner Homepage](#). Gern könnt Ihr ihn mit unterzeichnen.



Zum Weltflüchtlingstag wurde auch im Landtag in einer Aktuellen Stunde zum Rassismus debattiert. Meine Rede gibt es [hier zu sehen](#).

Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts

Der 17. Juni wurde in Thüringen 2018 zum dritten Mal als Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts begangen. Der Tag ist Anlass, der Opfer, der Toten und Verhafteten zu gedenken.



Zugleich stellte der 17. Juni - mit dem Blick von heute - den ersten hart erkämpften Schritt auf dem Weg zur Beendigung der SED-Diktatur dar. Wir wollen die Aufarbeitungsinitiativen in Thüringen stärken und mit der Ausweisung des Todesstreifens entlang der damaligen Grenze als Naturmonument 'Grünes Band' einen neuen Punkt setzen. Lest dazu [weiter hier](#).

Am ehemaligen Todesstreifen entlang führt schon traditionell die [GrenzerFAHRung](#). Die nunmehr 9. Tour geht in diesem Jahr vom 17.-19. August durch die Altmark in Sachsen-Anhalt und die Heide in Niedersachsen und wir freuen uns auf 30 Radbegeisterte auch auf dieser Strecke.

Themar am 8. und 9. Juni

Das Wochenende war leider einmal mehr geprägt davon, dass gut 2300 Nazis aus ganz Deutschland und diversen Nachbarländern nach Themar kamen, um bei den sog. Tagen der nationalen Bewegung ihre Menschenverachtung zum Ausdruck zu bringen. Hier gilt der Dank zuallererst dem Bündnis gegen Rechts Themar - aber auch allen anderen, die kamen, um dieses furchtbare Treiben nicht unwidersprochen geschehen zu lassen.



Mit einer Gruppe von Abgeordneten, Mitarbeiter*innen und Pressevertreter*innen habe ich an einem denkwürdigen Rundgang über das Festivalgelände teilgenommen (einige Bilder auf meiner Homepage). Deutlich wurde, dass es sich dabei, so jedenfalls meine Einschätzung, um eine kommerzielle Veranstaltung handelte, die sich des Versammlungsrechtsschutzes bediente. Ob dies zu Recht geschah, wird zu klären sein. Mindestens fragwürdig scheint mir zudem die Aufhebung des Alkoholverbotes ab 20 Uhr, zumal sich an der Tankstelle unweit des Geländes ein Großteil der Besucher*innen im wahrsten Sinne des Wortes betrankte.

Schon am 25. August ist der nächste Rechtsrockevent für Themar geplant und auch da gilt es, erneut Flagge zu zeigen.

Aktuelles aus dem Erfurter Stadtrat

Am 27. und 28. Juni kam der Stadtrat zu seinen letzten Beratungen vor der Sommerpause zusammen. Auf der Tagesordnung standen u.a. der Nachtragshaushalt 2018, der mit den Stimmen von r2g verabschiedet wurde und die Verabschiedung eines Integrationskonzeptes für Erfurt, an dem über viele Monate intensiv gearbeitet wurde und dem sich die CDU schlussendlich doch mittels Enthaltung entzog. Dabei braucht es meines Erachtens gerade jetzt Haltung in dieser Frage. Als grüne Fraktion sind wir außerordentlich froh über den Beschluss des Konzeptes (lest hier die Mitteilung dazu), daraus folgen nun konkrete Maßnahmen. Sprache ist der Schlüssel zur Integration und Zugänge zu Bildung sind ganz entscheidend dafür, dass Menschen teilhaben können, ganz unabhängig von ihrer Herkunft. Fakt ist jedoch auch, dass Integration eben keine Einbahnstraße ist und alle in Erfurt

Lebenden angeht und betrifft. Unser Ziel ist es, Gelingensbedingungen für Integration und ein gutes, friedvolles Miteinander zu schaffen, ohne dabei auch durchaus vorhandene Probleme zu übersehen. Papier ist bekanntlich geduldig - es liegt nun an uns, Integration auch erfahrbar zu machen und zu leben.

Ebenfalls im Stadtrat hatte ich als Ergebnis meines Praktikumstages bei einer Erfurter Tagesmutter mit 5 Kindern eine Anfrage an den Stadtrat gestellt. In Erfurt sind derzeit 342 Kinder unter drei Jahren bis auf elf alle ganztags in der Betreuung von Tagespflegepersonen. Mit dem neuen KitaGesetz haben wir die Möglichkeit geschaffen, dass auch Kindertagespflegepersonen Fördermittel aus der Infrastrukturpauschale beantragen können, um bspw. Spielgeräte oder ähnliche Einrichtungsgegenstände zu finanzieren. Vor Ort gibt es für die Beantragung aber noch kein abgestimmtes Prozedere. Die Anfrage wurde in den zuständigen Jugendhilfeausschuss verwiesen und ich halte Euch auch dazu auf dem Laufenden.

Ich werde nächste Woche gemeinsam mit meinen Kolleg*innen von Linke und SPD die Gemeinschaftsunterkünfte in Apolda besichtigen, auch und gerade wenn der scheidende Landrat Müchberg diesen Besuch gern verhindert hätte. Gut, dass seine Zeit als Landrat nun vorüber ist.

Außerdem freue ich mich am Mittwoch auf ein Treffen derer, die für r2g in Jugendhilfeausschüssen in Thüringer Kommunen aktiv sind – eingeladen dazu haben meine Kolleginnen Sabine Berninger für die Linke und Diana Lehmann für die SPD; wir wollen zusammen überlegen, wie wir uns noch besser vernetzen können. Und dann kommt auch für mich die erhoffte Auszeit, auf die ich mich wirklich freue.



Also: **Habt einen schönen Sommer!**

Genießt die Sonne, nehmt Euch Zeit für Eure Lieben und die schönen Dinge des Lebens.

Weitere aktuelle Meldungen oder Anfragen findet Ihr auf meiner [Homepage](#) oder meinen Seiten bei [facebook](#) und [twitter](#), nutzt dort auch die Möglichkeiten für Rückmeldungen.

Ich komme auch gern zu Euch und auch Ihr seid mir – nicht nur in meinen Büros - sondern auch sonst - stets willkommen.

Herzlich grüßt Euch Eure

Astrid Rothe-Beinlich

Kontakt und Impressum:

Herausgeberin: Astrid Rothe-Beinlich, MdL, Parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin der grünen Landtagsfraktion für Bildung, Jugend, Justiz, Migration, Flüchtlinge, Religion, Rassismus und Aufarbeitung, Stadträtin in Erfurt
Büroleitung und Redaktion des Newsletters: Andreas Leps
Bildquellen: wikipedia.org, erfurt.de, eigenes Archiv

Abgeordnetenbüro in Weimar: Burgplatz 5, 99423 Weimar; T: +49(0)3643/9007850, F: +49(0)3643/493689, weimar@rothe-beinlich.de
Abgeordnetenbüro in Gera: Heinrichstraße 50, 07545 Gera; T: +49(0)365/5514665, gera@rothe-beinlich.de
Abgeordnetenbüro in Mühlhausen: Herrenstr. 21, 99974 Mühlhausen; T: +49(0)3601/ 993709, muehlhausen@rothe-beinlich.de

www.rothe-beinlich.de

Hinweis zum Datenschutz:

Gemäß der neuen EU-Datenschutzgrundverordnung informieren wir hiermit darüber, dass wir Ihre/Deine veröffentlichten bzw. uns mitgeteilten Kontaktdaten gespeichert haben und diese unregelmäßig für die Zusendung dieses elektronischen Newsletters nutzen werden.

Sie haben, Du hast, das Recht auf Widerspruch gegen die weitere Verwendung und die Löschung der Daten. In diesem Fall antworten Sie, antwortet Ihr, bitte kurz auf diese Mail. Weiterhin besteht das Recht auf die Korrektur der Daten, die Einschränkung der Verarbeitung auf bestimmte Zwecke sowie auf die Anrufung der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde.

Gerne erteilen wir auf Anfrage Auskunft darüber, welche personenbezogenen Daten über Sie, über Dich, bei uns gespeichert sind. Selbstverständlich geben wir, wie bisher auch, keine Daten an Dritte ohne Ihr/Dein/Euer Einverständnis weiter.

Wenn Sie die Informationen von uns weiter bekommen möchten, braucht nichts weiter getan zu werden.

Weitere Informationen zum Datenschutz sind auf unserer Website zu finden: <https://rothe-beinlich.de/kontakt/datenschutz/>

Bei allen Fragen bezüglich der Datenverarbeitung und der Wahrnehmung Ihrer Rechte können Sie sich gerne an uns wenden.